



# Baden-Badener Pensionskasse VVaG

Jahresabschluss per 31.12.2019  
und Lagebericht 2019

# Baden-Badener Pensionskasse VVaG

## Inhaltsverzeichnis

Lagebericht.....	2
Rahmenbedingungen.....	2
Allgemeines Geschäftsumfeld.....	2
Geschäftsverlauf.....	3
Ertragslage.....	4
Finanzlage.....	5
Vermögenslage.....	5
Risikobericht.....	9
Chancenbericht.....	14
Prognosebericht.....	14
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen.....	16
Bilanz.....	17
Aktiva.....	17
Passiva.....	18
Gewinn- und Verlustrechnung.....	19
Anhang.....	20
Allgemeine Erläuterungen.....	20
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	20
Erläuterungen zur Bilanz.....	23
Aktivseite.....	23
Passivseite.....	25
Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2019.....	28
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	29
Sonstige Angaben.....	30
Nachtragsbericht.....	31
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers.....	32
Bericht des Aufsichtsrats.....	36

# Lagebericht

## Rahmenbedingungen

Die Baden-Badener Pensionskasse VVaG (im Folgenden auch bbp genannt) wurde am 2. Dezember 1997 mit Unterzeichnung der Satzung vereinsrechtlich gegründet. Mit Datum vom 4. Juni 1998 wurde vom damaligen Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen – heute Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) – die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb erteilt.

Die Kasse ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 210 VAG mit Sitz in Baden-Baden. Mitglieder sind die Landesrundfunkanstalten, die Deutsche Welle und Deutschlandradio sowie sechzehn Gesellschaften als außerordentliche Mitglieder.

Zweck der Kasse ist es, ihren Mitgliedern Mittel zur Gewährung von Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung zur Verfügung zu stellen und Versorgungsberechtigten der Mitglieder der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren.

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31.12.2019 schließt an den mit Datum vom 29.03.2019 erstellten Vorjahresabschluss zum 31.12.2018 an.

## Allgemeines Geschäftsumfeld

Die bbp ist keine freie Pensionskasse, sondern ihr Vereinszweck dient ausschließlich zur Erbringung von Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Daher ist die bbp keinem Wettbewerb ausgesetzt und verfügt auch über keinen Vertrieb.

Beaufsichtigt wird die bbp als regulierte Pensionskasse durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin). Dabei berücksichtigt die bbp die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes VAG sowie der Anlageverordnung AnIV samt Rundschreiben. Darüber hinaus gelten seit 2019 erweiterte europäische Melde- und Berichtspflichten durch Umsetzung der EbAV II-Richtlinie.

Die bbp ist speziell im Bereich ihrer Kapitalanlagen dem allgemeinen wirtschaftlichen Umfeld unterworfen. Hierbei waren in 2019 an den Kapitalmärkten sehr gute Entwicklungen festzustellen. Nach den deutlichen Rückgängen in den Konjunkturindikatoren 2018 weltweit vermuteten die Märkte unter liquiditätstreibenden Maßnahmen der wichtigsten Notenbanken ein Bodenbildung für zukünftige wieder bessere Steigerungsraten. Unter dem starken Einfluss der Notenbankpolitik sind die Zinsen bei weiter niedrigen Inflationsraten gefallen. Im Hinblick auf die Handels- und Zollkonflikte zwischen den USA mit China gab es Zeichen der Entspannung, die ebenfalls positiv am Kapitalmarkt aufgenommen wurden.

## Geschäftsverlauf

Am Jahresende waren 22.549 Anwärter versichert (Vorjahr: 21.616), davon 4.418 (Vorjahr: 3.337) Anwartschaften nach dem BTVA. Außerdem bestanden 359 Anwartschaften (Vorjahr: 361) in den Direktversicherungstarifen. Die Zahl der Rentenbezieher stieg von 2.555 auf 2.803 Personen an. Die Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2019 ist auf der Seite 16 dargestellt.

Die Höhe der im Geschäftsjahr gebuchten Beiträge liegt bei 142,172 Mio. Euro (Vorjahr: 144,226 Mio. Euro). Dabei sanken die Beiträge der Grundversorgung (VTV) geringfügig von 115,741 Mio. Euro auf 113,869 Mio. Euro. Die gebuchten Beiträge für die freiwillige Höherversicherung (Tarifgruppe B) erhöhten sich von 9,201 Mio. Euro auf 9,425 Mio. Euro. In die Direktversicherungen gemäß § 40 b EStG und § 3 Nr. 63 EStG flossen Beiträge in Höhe von 400 TEuro (Vorjahr: 414 TEuro) zu. Für Riester-Direktversicherungen wurden 61 TEuro an Beiträgen (Vorjahr: 85 TEuro) und 24 TEuro an Zulagen (Vorjahr: 24 TEuro) eingenommen. Für die Verträge im Rahmen des BTVA (Tarifgruppe D) wurden 18,394 Mio. Euro an Beiträgen eingenommen (Vorjahr 17,976 Mio. Euro).

Die Zahlungen für Versicherungsfälle stiegen von 22,585 Mio. Euro im Vorjahr auf 24,786 Mio. Euro im Geschäftsjahr. Dabei erhöhten sich die Rentenzahlungen von 18,302 Mio. Euro im Vorjahr auf 22,832 Mio. Euro. Zahlungen für Rückgewährbeträge aus Anlass des Ausscheidens von Mitarbeitern fielen in Höhe von 1,486 Mio. Euro (Vorjahr: 1,594 Mio. Euro) an. Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beträgt 2,811 Mio. Euro (Vorjahr: 3,276 Mio. Euro). Hiervon dienen 0,66 Mio. Euro (Vorjahr: 0,87 Mio. Euro) der Rückgewähr von Beiträgen.

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden im Jahresabschluss 2019 wie im Vorjahr keine Mittel zugeführt.

Die verwaltungsbezogenen Unternehmenskosten entwickelten sich folgendermaßen:

	2017	2018	2019
Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsfällen	284.664,54 Euro	352.511,32 Euro	376.736,99 Euro
Abschlussaufwendungen	51.093,18 Euro	93.376,46 Euro	95.238,91 Euro
Verwaltungsaufwendungen	1.118.053,06 Euro	1.266.883,58 Euro	1.130.693,87 Euro
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	407.011,29 Euro	662.931,10 Euro	881.328,08 Euro
Summe Verwaltungskosten	1.860.822,07 Euro	2.375.702,46 Euro	2.483.997,85 Euro
Summe in % der gebuchten Bruttobeiträge	1.47 %	1.65 %	1.72 %

Die Verwaltungskosten entwickeln sich insgesamt planmäßig mit dem Wachstum der Kasse. Die Verwaltungskostenquote steigt damit auf 1,72 % (Vorjahr: 1,65 %). Der moderate Anstieg der Verwaltungskostenquote ist auf Personalanbau u.a. wegen erweiterter regulatorischer Anforderungen (EbAV II-Richtlinie und VAIT) zurückzuführen.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt im jährlichen Turnus. Die Entwicklung zeigt die folgende Tabelle.

Deckungsrückstellung (Mio. Euro)	2017	2018	2019
Grundversorgung (VTV)	1.236,644	1.370,908	1.500,121
Höherversorgung	118,067	128,912	138,696
Direktversicherung	35,432	34,377	33,129
BTVA	13,181	32,216	50,436
Gemäß vers.-math. Berechnung	1.403,323	1.566,412	1.722,383
pauschale Zusatzreserve	29,505	31,576	40,438
<b>Gesamt</b>	<b>1.432,828</b>	<b>1.597,988</b>	<b>1.762,821</b>

Entsprechend der versicherungsmathematischen Berechnung ergibt sich per 31.12.2019 ein Betrag in Höhe von 1.722,383 Mio. Euro (Vorjahr: 1.566,412 Mio. Euro). Zusätzlich wurde die pauschale Zusatzreserve um einen Betrag von 8,862 Mio. Euro erhöht (Vorjahr 2,072 Mio. Euro), so dass sich insgesamt eine Zuführung in Höhe von 164,832 Mio. Euro (Vorjahr: 165,161 Mio. Euro) ergibt.

Die Kasse beschäftigt aktuell neben dem Vorstand 19 Mitarbeiter. Für die nächsten Jahre ist ein dem Wachstum der Kasse geschuldeter weiterer Personalaufbau vorgesehen.

## Ertragslage

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit vor Zuführung zur pauschalen Zusatzreserve beträgt im Geschäftsjahr 17,75 Mio. Euro (Vorjahr: 4,14 Mio. Euro). Im Jahr 2019 wurde in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde die pauschale Zusatzreserve, welche im Zuge der Niedrigzinsproblematik zur Finanzierung einer Absenkung des Rechnungszinses in den Bestandsverträgen eingesetzt werden soll, um 8,86 Mio. Euro erhöht. Daher verbleibt vor Dotierung der RfB und vor Steuern ein Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 8,89 Mio. Euro (Vorjahr: 2,07 Mio. Euro). Eine Dotierung der RfB wird für das Geschäftsjahr 2019 wie in den Vorjahren nicht vorgenommen. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen wie im Vorjahr nicht an, so dass sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 8,89 Mio. Euro (Vorjahr: 2,07 Mio. Euro) ergibt, welcher in voller Höhe der Verlustrücklage zugeführt wird. Ein Bilanzgewinn entsteht wie im Vorjahr nicht.

## Finanzlage

Die Liquiditätslage stellt sich wie in den Vorjahren positiv dar. Die Summe aus Beitragseinnahmen und zufließenden Kapitalerträgen übersteigt die Ausgaben für Versicherungsleistungen und Verwaltungskosten deutlich. Die Differenz aus gebuchten Bruttobeiträgen und zugeflossenen Kapitalerträgen einerseits sowie Zahlungen für Versicherungsfälle und Verwaltungskosten andererseits beträgt rund 172,5 Mio. Euro (Vorjahr: 161,2 Mio. Euro).

Die Eigenkapitalsituation der Kasse wurde im Jahr 2019 dadurch verbessert, dass die Mitglieder des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit zusätzliche Einzahlungen in den Gründungsstock in Höhe von insgesamt 44,2 Mio. Euro vorgenommen haben. Darüber hinaus wurden weitere Darlehensversprechen für den Gründungsstock in Höhe von insgesamt 19,4 Mio. Euro abgegeben. Diese zusätzlichen Mittel stehen der Kasse im Bedarfsfall zur Verfügung.

Die Solvabilität der Kasse wird im Jahresabschluss 2019 durch eine Dotierung der Verlustrücklage in Höhe von 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,1 Mio. Euro) weiter gestärkt. Das Verhältnis der Verlustrücklage zur Deckungsrückstellung ist gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (4,7 % gegenüber 4,8 % im Vorjahr). Insgesamt entwickelte sich die Verlustrücklage im Verhältnis zur Deckungsrückstellung in den letzten Jahren folgendermaßen:

Verlustrücklage	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
Wert in TEuro	72.384	74.455	83.348
in % der Deckungsrückstellung (ohne pauschale Zusatzreserve)	5,2 %	4,8 %	4,7 %

Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden zum Stichtag 31.12.2019 in allen Tarifen Ausscheideordnungen auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005 G angewandt. Für die Altverträge mit Versicherungsbeginn bis zum Jahr 2012 sind die Sterblichkeiten im Rentnerbereich aus Sicherheitsgründen für Männer auf 65 % und für Frauen auf 75 % der Tafelwerte verringert. Für die Neuverträge ab dem Jahr 2013 werden geschlechtsunabhängige biometrische Rechnungsgrundlagen (Unisex-Tarife) angewandt, welche sich aus den o.g. modifizierten geschlechtsabhängigen Sterblichkeiten, verbunden mit unternehmensspezifischen Geschlechterverteilungen inklusive Sicherheitszuschlägen, ableiten. Diese Sterblichkeiten sind das Ergebnis regelmäßiger Überprüfungen der Rechnungsgrundlagen durch den verantwortlichen Aktuar.

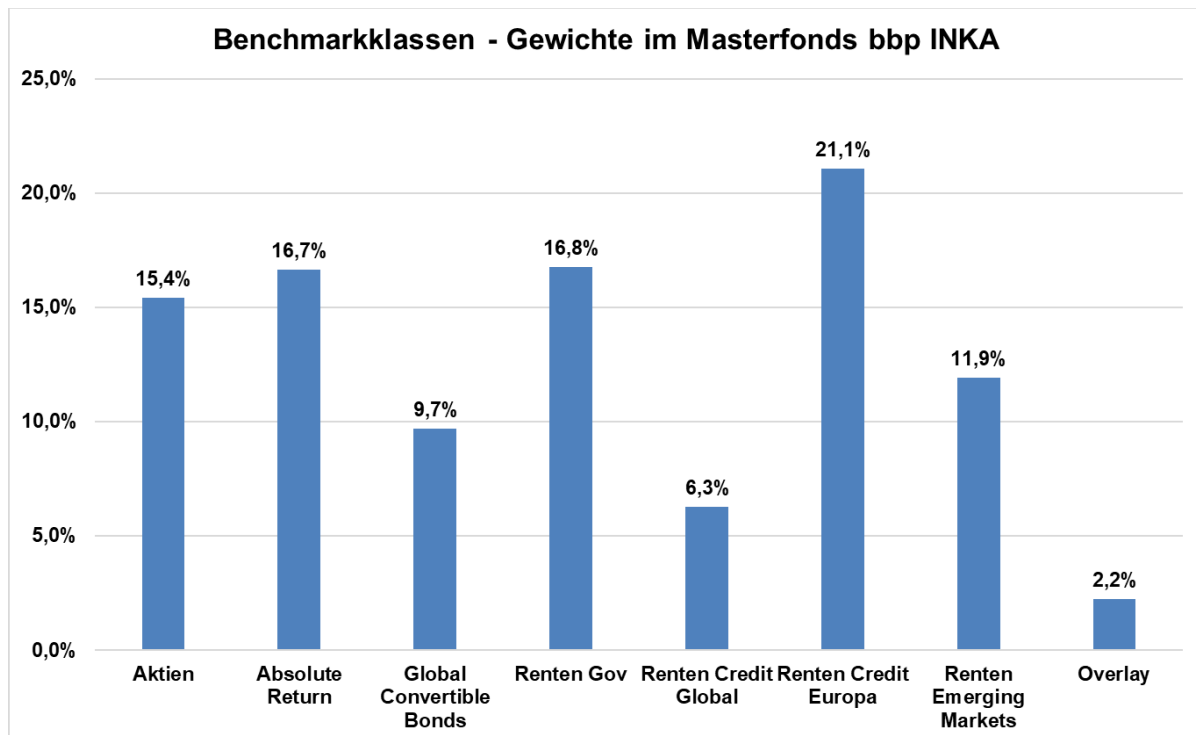
Die Alttarife haben bis zum 31.12.2019 einen Rechnungszins von 3,50 % (Grund- und Höherversorgung) bzw. 3,25 % (Direktversicherung). Per 01.01.2020 werden diese Rechnungszinsen planmäßig auf 2,75 % gesenkt. Alle offenen Tarife, insbesondere der BTVA-Tarif, sind mit einem Rechnungszins von 1,75 % ausgestattet.

## Vermögenslage

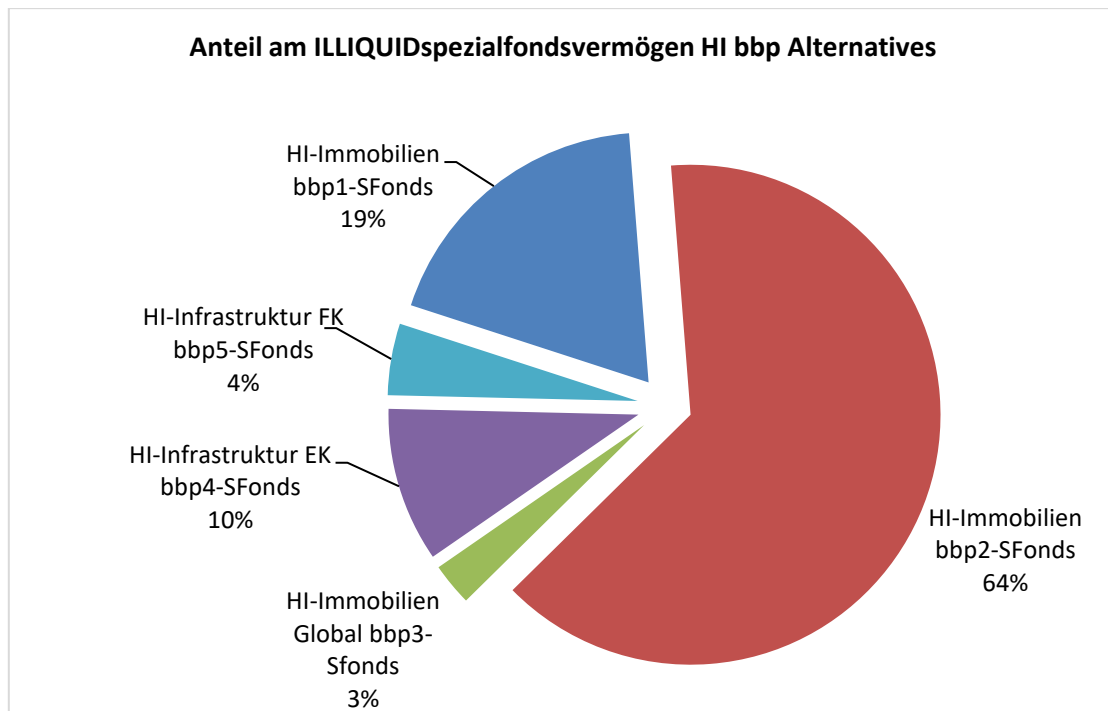
Die Kapitalanlagen stiegen im Geschäftsjahr auf 1.903 Mio. Euro (Vorjahr: 1.678 Mio. Euro). Die Vermögensaufteilung des Sicherungsvermögens nach Buchwerten – nach Ausschüttung und Wiederanlage - zeigt die folgende Tabelle:

Säulen der Kapitalanlage	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019
Eigenanlage mit Zinsträgern	26,8 %	24,8 %	24,8 %
Masterfonds bbp INKA	62,6 %	60,7 %	59,1 %
HI-bbp-Alternatives-Dachfonds	10,6 %	14,5 %	16,1 %

Mit bbp INKA ist hierbei der Masterfonds der bbp bezeichnet. Im bbp INKA machen die Aktiensegmente 15,4 %, das Wandelanleihsensegment 9,7 % sowie die Fondsanlagen in Absolute-Return-Produkte inklusive der Volatilitätsstrategien 16,7 % aus. Die übrigen 56,0 % entfallen im Wesentlichen auf Rentensegmente und einen kleinen Kassenbestand (2,2 % des Masterfonds). Der Kassenbestand resultiert aus der Wertsicherung im Overlay-Segment.



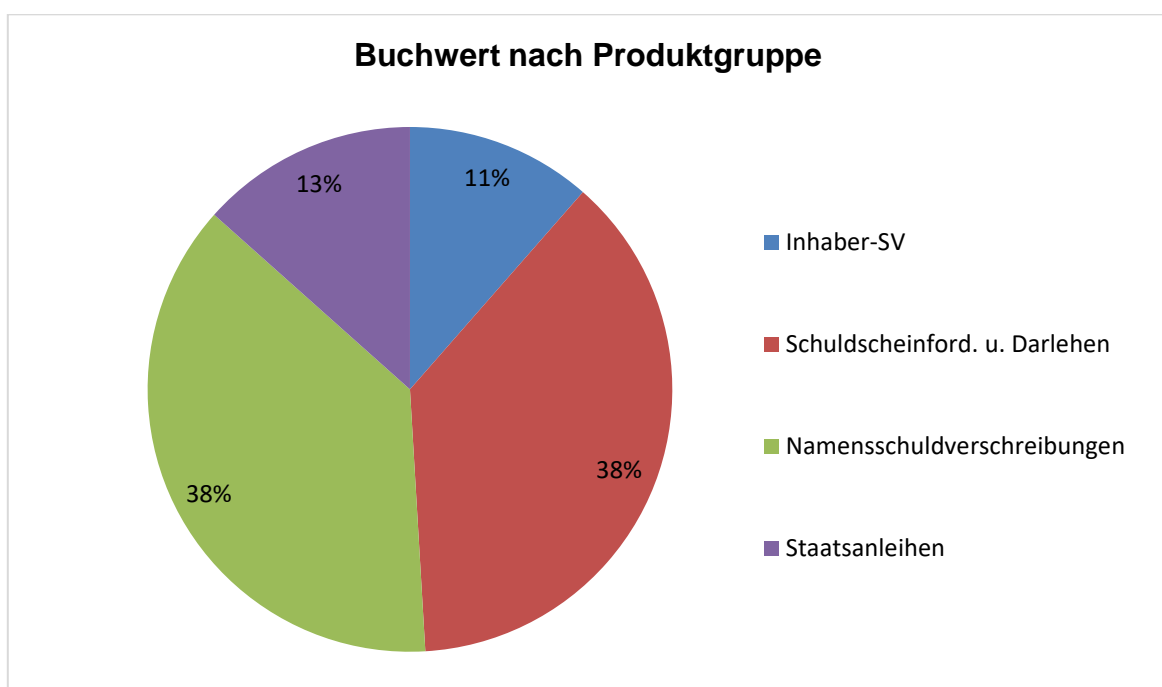
Die Immobilien- und Infrastrukturinvestments wurden im Geschäftsjahr im Rahmen der strategischen Asset Allokation weiter ausgebaut. Der Ausbau erfolgte ausschließlich durch Investitionen in den Dachfonds HI bbp Alternatives, dessen Volumen im Geschäftsjahr von 235,6 Mio. Euro auf 306,4 Mio. Euro erhöht wurde.



Im Bereich der Eigenanlage wurden im Jahr 2019 die Bestände an Euro-Staatsanleihen leicht reduziert. Der Bestand fällt auf 63,2 Mio. Euro (Vorjahr 67,9 Mio. Euro). Der Bestand an Inhaberschuldverschreibungen der Eigenanlage steigt durch Investitionstätigkeit um netto 27,7 Mio. Euro auf 54,0 Mio. Euro (Vorjahr 26,4 Mio. Euro).

Im Portfolio der Namenspapiere und Schuldscheine wurden Neuerwerbe von netto 56,3 Mio. Euro vorgenommen. Dadurch konnte der Bestand unter Berücksichtigung ablaufender Papiere und ausgeübter Kündigungsrechte auf 354,6 Mio. Euro (Vorjahr auf 324,8 Mio. Euro) per 31.12.2019 gesteigert werden.

Die Allokation der Eigenanlage in Zinsträgern nach Buchwerten ist wie folgt dargestellt:





Die ordentlichen Erträge aus Kapitalanlagen beliefen sich auf 57,586 Mio. Euro (Vorjahr: 43,896 Mio. Euro).

Alle Anteile an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen sind dauerhaft dem Geschäftsbetrieb gemäß § 341b Abs. 2, 2. HS HGB gewidmet. Abschreibungen auf Finanzanlagen müssen nur vorgenommen werden, sofern eine dauernde Wertminderung vorliegt. Bei nicht dauernden Wertminderungen kann eine Abschreibung unterbleiben. Zum Stichtag wurden diesbezüglich keine Abschreibungen auf bestehende Anlagen vorgenommen.

Nach Berücksichtigung der beschlossenen und durchgeführten Ausschüttung wies der Masterfonds bbp INKA zum Jahresende eine stille Last in Höhe von 3,8 % des Buchwertes aus (Vorjahr: stille Last 5,9 %).

Der HI bbp Alternatives (Immobilien und Infrastruktur) weist zum Jahresende inkl. Ausschüttung mit Wiederanlage insgesamt Bewertungsreserven von 5,3 % des Buchwertes aus (nach 4,0 % im Vorjahr).

Die laufende Durchschnittsverzinsung gemäß Verbandsformel betrug im Geschäftsjahr 3,2 % (Vorjahr: 2,7 %). Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen belief sich im Geschäftsjahr auf 3,2 % (Vorjahr: 2,6 %).

Die Vermögenslage wurde aufgrund der guten Kapitalmarktergebnisse des Jahres 2019 gestärkt. Aufgrund der teilweisen Wertaufholung der stillen Lasten sowie der vorsichtig bemessenen Ausschüttung aus dem Masterfonds bbp INKA, der Fortsetzung des Aufbaus einer pauschalen Zusatzreserve, weiter stringenter Kostendisziplin und der Zuführung des Überschusses zur Verlustrücklage wurde die Eigenkapitalquote gestärkt und die notwendige Nettoverzinsung erreicht. Die positiven Ergebnisse aus den Immobilieninvestments sowie die Verzinsung der Eigenanlage in Zinsträgern samt Neuerwerben wirkten stabilisierend auf die Aktiva. Die erfolgten Darlehensauszahlungen zur Stärkung des Gründungsstocks wirkten sich sehr positiv auf die Solvabilitätsquote der Kasse aus. Weitere Gründungsstockzusagen und beschlossene Anpassungen in den Rechnungsgrundlagen ab dem Jahr 2020 bilden zusammen eine solide Grundlage für die kommenden Jahre. Als weiterhin sehr herausfordernd für die Kasse sieht der Vorstand eine mittel- und langfristig anhaltende Negativ- und Niedrigzinsphase an.

Zusammenfassend ist der Vorstand mit den Entwicklungen der Kasse in 2019 nach dem schlechten Kapitalmarktjahr 2018 zufrieden. Die wirtschaftliche Lage der bbp ist nach Meinung des Vorstandes als insgesamt befriedigend zu bezeichnen. Die Nettoverzinsung konnte zum Vorjahr von 2,6 % auf 3,2 % gesteigert werden. Die Solvabilitätsanforderungen sind zum Jahresende 2019 mit mehr als 174 % deutlich überdeckt. Die an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) abzugebenden Stresstests für 2019 wurden bestanden. Die Verwaltungskostenquote bleibt mit 1,7 % weiterhin niedrig. Für den Auftakt in das neue Geschäftsjahr 2020 sind bislang verhalten positive, aber auch volatile Entwicklungen zu beobachten. Daher müssen globale, politische und konjunkturelle Entwicklungen sowie Änderungen in der Notenbankpolitik weiterhin eng beobachtet werden um ggf. zeitnah reagieren zu können.

# Risikobericht

## 1. Ziele des Risikomanagements

Risikomanagement ist ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Die Kasse betrachtet grundsätzlich den Risikobegriff von zwei Seiten, d.h. die negative wie auch die positive Abweichung der Planung. Die negative Abweichung stellt im klassischen Sinn das Risiko, die positive Abweichung stellt die Chance dar. Zur ganzheitlichen Steuerung des Unternehmens sind beide Seiten zu betrachten.

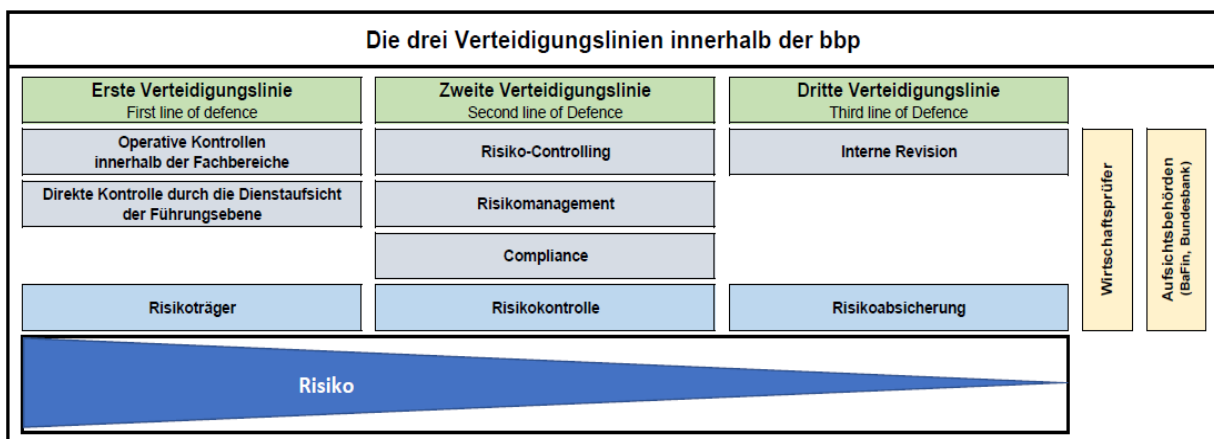
Zu den Aufgaben des Risikomanagements gehört es sowohl den Fortbestand der Kasse gefährdende Entwicklungen wie auch Chancen zur Erreichung der definierten Unternehmensziele frühzeitig zu erkennen, abzuwägen und zu managen. Das Risikomanagement der bbb verfolgt das Ziel die Finanzstärke zu erhalten, um die Ansprüche unserer Kunden zu sichern. Ein weiteres Ziel ist die Reputation der bbb und aller Mitglieder zu schützen. Dazu setzen wir ein auf alle Bereiche umfassendes Risikomanagement. Das Ziel ist nicht die Risikovermeidung, sondern die Optimierung des Chancen-Risiko-Profiles.

## 2. Organisation des Risikomanagements

Die Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens stellt eine Funktionstrennung zwischen Risikoverantwortung und Risikokontrolle sicher. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement liegt bei der Geschäftsleitung (Vorstand).

Für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems sowie die Steuerung des Risikomanagement-Prozesses ist die unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) zuständig. Ihr obliegt die Koordination der Identifikation, Bewertung und Steuerung bestehender und potentieller Risiken auf Einzelbasis. Sie überwacht das Risikoprofil des Unternehmens und berichtet darüber an den Vorstand. Die URCF wird durch zwei weitere Schlüsselfunktionen Interne Revision und Versicherungsmathematische Funktion unterstützt.

Zur Umsetzung hat sich ein dreigliedriges Risikomanagement- und Risikokontrollsystem etabliert: „Three Lines of Defense-Modell“.



### 3. Risikomanagementprozess und Risikokategorien

Unsere Prozesse werden als integriertes wertorientiertes Risikomanagement umgesetzt, d. h. die Einbindung des Risikomanagements in die Unternehmenssteuerung erfolgt durch Prozesse, die unmittelbar in die steuerungsrelevanten Geschäftsprozesse eingebettet sind.

Die Risikoidentifikation erfolgt im Rahmen der jährlichen Risikoerhebung. Darüber hinaus werden zur Risikoidentifikation weitere Instrumente (bspw. Neue-Produkte-Prozess) verwendet.

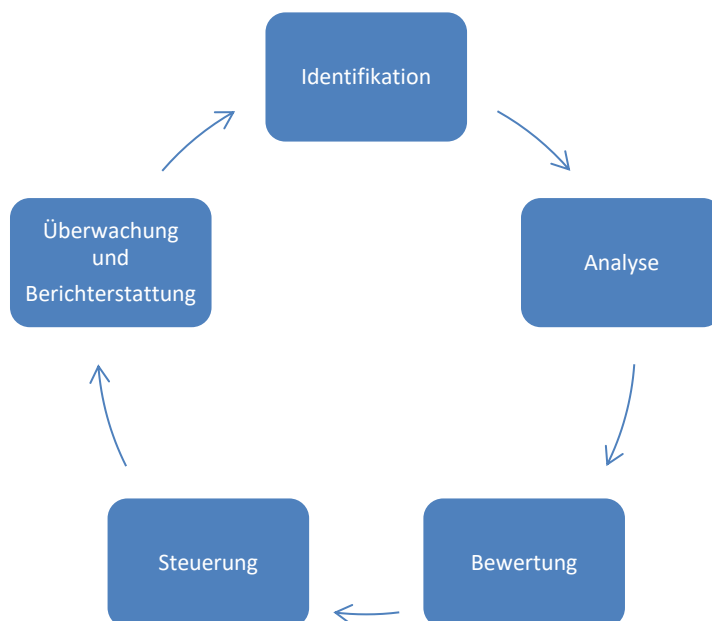
Die Risikoanalyse erfolgt unmittelbar nach Feststellung. Die Analyse wird hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und möglichen Auswirkungen qualitativ sowie quantitativ erfasst.

Die Risikobewertung erfolgt durch Vergleich mit zuvor festgelegten Kriterien aufgrund von Berechnungen bzw. Expertenschätzungen der Fachbereiche sowie durch die Anwendung von Stressszenarien.

Zur Risikosteuerung und -bewältigung werden Maßnahmen entwickelt, welche geeignet sind, die Gefahren zu reduzieren und/oder zu vermeiden und die Folgen beherrschbar zu machen.

Die Risikoüberwachung erfolgt anhand Risikoindikatoren. Die Dokumentation aller Vorgänge wird ebenfalls durch das Risikomanagement umgesetzt.

Die interne Risikoberichterstattung gibt einen umfassenden Überblick über die Gesamtrisikosituation und die Auswirkungen der Einzelrisiken. Die Berichte werden vierteljährlich erstellt und sollen die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat bei der Entscheidungsfindung unterstützen.



Die Hauptrisiken der Kasse aus den Kapitalanlagen und der Versicherungstechnik werden vierteljährlich aktualisiert und an den Vorstand berichtet. Bei wesentlichen Änderungen oder neuen Risiken erfolgt eine Ad-hoc Meldung.

Unsere erkannten Risiken sind folgenden Hauptkategorien klassifiziert werden:

- Kapitalanlagerisiken beinhalten alle Risiken, die im Zusammenhang mit der Anlage des Vermögens der Kasse stehen.
- Versicherungstechnische Risiken beinhalten alle mit dem Leistungsversprechen verbundenen Risiken der Rechnungsgrundlagen, wie Biometrie und Zins.
- Operationelle Risiken enthalten die Risiken des operativen Geschäfts, welche durch menschliches oder technisches Versagen entstehen können.
- Strategische Risiken können sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen oder Geschäftsentscheidungen, die dem Wirtschaftsumfeld nicht angepasst wurden, ergeben.

#### **4. Risiken der Kapitalanlage**

Die strategischen Ziele in der Kapitalanlage der Kasse liegen grundsätzlich in der dauerhaften Erwirtschaftung der Gesamtverzinsung, die ausreicht, um sowohl die zugesagten Garantien als auch die notwendige Eigenkapitalausstattung der Kasse sicherzustellen. Die Anlageziele Rentabilität, Sicherheit und Liquidität werden durch interne Vorgaben und Limite in den Kapitalanlagerichtlinien sowie den Grundsatz Mischung und Streuung erreicht. Die strategische Anlagepolitik wird auf Grundlage der Ergebnisse der Asset-Liability-Studien angepasst, welche in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung der Kapitalanlagerisiken erfolgt durch ein professionelles Kapitalanlagecontrolling, welches ein Teil des Gesamtrisikomanagements und die Aufgabe der unabhängigen Kontrollinstanz innerhalb des Investmentprozesses darstellt. Durch die Implementation eines Frühwarnsystems bleibt ausreichend Reaktionszeit für die notwendige Risikosteuerung.

Die Kapitalanlagerisiken können in vier Kategorien eingeteilt werden. Marktrisiko, Kreditrisiko, Konzentrationsrisiko und Liquiditätsrisiko.

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Das Marktrisiko schließt das Währungskursrisiko und Zinsänderungsrisiko ein. Über Stresstests und Sensitivitätsanalysen werden die Auswirkungen negativer Kapitalmarktentwicklungen simuliert. Die Simulation des Zinsänderungsrisikos der Kapitalanlagen anhand eines Parallelanstiegs/-rückgangs der Zinskurve um absolut +/- 1 % ergibt bei einer modifizierten Duration von 6,55 eine Reduktion bzw. Anstieg des Marktwertes der zins-sensitiven Anlagen (1.277,1 Mio. Euro) um -/+ 83,6 Mio. Euro. Ein großer Teil der Kapitalanlagen im Masterfonds für die liquiden Investments besteht aus festverzinslichen Wertpapieren, wodurch das Zinsänderungs- und Spreadrisiko einen sehr großen Einfluss auf die Wertschwankung der Kapitalanlagen haben. Durch eine breite Diversifikation sowie einer Buy-and-Hold-Strategie in der Direktanlage wird diesem Risiko begegnet. Die Diversifikation erfolgt nicht nur auf Ebene der Anlageklasse, sondern auch in regionaler sowie sektoraler Hinsicht. Bei der Auswahl des Direktbestands werden vorzugsweise Namenspapiere oder Schuld-scheindarlehen gewählt, um diese im Anlagevermögen zum Nennwert bzw. fortgeführten Anschaffungswert zu bilanzieren. Bei dem Dachfonds für die illiquiden Investments, welcher hauptsächlich aus Immobilienfonds besteht, wird auf die Expertise der KVG sowie auf die Fokussierung auf Spitzenobjekte (Core und Core+) gesetzt. Anhand des Risikotragfähigkeitskonzepts wird ein Risikobudget berechnet, mit Hilfe dessen das Risiko-Overlay die Marktrisiken

sichert. Beide Fonds können über breite Diversifikation die Wertschwankungen ausgleichen und werden zudem als Anlagevermögen bilanziert.

Das Kreditrisiko bezeichnet das Risiko, das sich aufgrund eines Ausfalls oder aufgrund einer Veränderung der Bonität oder der Bewertung von Bonität (Credit-Spread) von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldern, gegenüber denen der Emittent Forderungen hat, ergibt. Das Kreditrisiko zeichnet sich bei der Kasse hauptsächlich im Bereich der Kapitalanlagen aus, da das Ausfallrisiko der Gegenparteien der Versicherungsseite nicht relevant ist. Dem Kreditrisiko wird durch breite Streuung der Kapitalanlage sowie ein umfassendes Limitsystem begegnet. Des Weiteren umfasst der Kreditüberwachungsprozess der Kasse neben der eigenen Bonitätsprüfung von Neuanlagen (der Direktanlage) eine regelmäßige Aktualisierung der Bestandsschuldner sowie der Beratung im Kreditkomitee. Infolge einer Bonitätsverschlechterung werden außerordentliche Maßnahmen von Vorstand, Kapitalanlage und Risikomanagement besprochen, dokumentiert und umgesetzt.

Das Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko, das sich dadurch ergibt, dass das Unternehmen einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken eingeht, die gemeinsam ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallpotenzial haben. Durch eine breite Diversifikation, ein permanent überwacht Limitsystem sowie der Einhaltung der Grundsätze zur Mischung und Streuung bewältigt die Kasse dieses Risiko.

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen auf Grund mangelnder Fungibilität nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Aufgrund des jungen und stark wachsenden Bestandes liegen die Beitragseinnahmen deutlich über den Rentenauszahlungen, wodurch das Liquiditätsrisiko diesbezüglich eine untergeordnete Rolle spielt.

Durch die Anlage in illiquide Investments über den Dachfonds gibt es regelmäßige Kapitalabrufe, was allerdings zu einem Liquiditätsrisiko führen könnte. Mit Hilfe einer mehrstufigen (kurz- und mittelfristigen) Liquiditätsplanung über alle Liquiditätsströme der Kasse sowie aller Kapitalanlagen wird dieses Risiko permanent überwacht.

Das aktuell größte Risiko besteht allerdings bei einer stark wachsenden Kasse mit Beitragseinnahmen von ca. 200 Mio. Euro (bei 2.000 Mio. Euro Deckungsrückstellung) in dem Neuanlagerisiko durch das Niedrigzinsniveau. Im letzten Jahr gab es keine Verbesserung der Neu- und Wiederanlagebedingungen bei der aktuellen Niedrigzinsproblematik, wodurch die Ertragskraft der bbp weiterhin beeinträchtigt ist. Die Chance zur Erreichung der notwendigen Garantieverzinsung sieht die Kasse in alternativen Investitionsmöglichkeiten, die identifiziert und geprüft werden müssen. Des Weiteren werden Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheiten in der Rechnungsgrundlage Zins vorgenommen, welche die Änderung der Kapitalanalagestruktur als risikoreduzierende Maßnahme in der Niedrigzinsphase ergänzt.

## **5. Versicherungstechnische Risiken**

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Die Rechnungsgrundlagen bestehen aus Annahmen zur Biometrie, zum Zins und zu den Kosten.

Das Risiko der Abweichung zur angenommenen Biometrie wird hauptsächlich durch das Langlebigkeitsrisiko sowie durch Abweichungen der Invaliditätsannahmen bestimmt. Aufgrund dessen wurde bei der Kalkulation der Tarife in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) ausreichend Sicherheit in den Rechnungsgrundlagen eingerechnet. Durch jährliche Berechnung des Risikoergebnisses, Untersuchungen der Verantwortlichen Aktuarin im Dreijahresrhythmus sowie internen Untersuchungen durch die versicherungsmathematische Funktion (VMF) wird analysiert, ob die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen für die tatsächlichen Versorgungsfällen ausreichend kalkuliert sind.

Das Zinsrisiko ist unverändert das größte versicherungstechnische Risiko für die Kasse, da in dem aktuellen Niedrigzinsumfeld eine Erwirtschaftung des durchschnittlichen Rechnungszins (für 2019 bei 3,26 %) eine Herausforderung darstellt. Mit der BaFin wurde eine Absenkung der alten – für den Neuzugang geschlossenen – Tarifgenerationen mit einem Rechnungszins von 3,5 % und 3,25 % in drei Schritten auf letztlich 1,75 % im Jahr 2025 abgestimmt und durch die Vertreterversammlung der bbb beschlossen. Der erste Schritt erfolgt zum 01.01.2020, in dem alle o.g. Tarifgenerationen auf einen Rechnungszins von 2,75 % abgesenkt werden. Hierdurch ergibt sich eine erhebliche Entlastung des durchschnittlichen Rechnungszins, der für das Jahr 2020 auf 2,6 % sinkt. Für diesen Schritt wurde eine pauschale Erhöhung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Auf die Höhe der Leistungen hat die Absenkung keine Auswirkung. Die Gewährleistung einer ausreichenden Sicherheit im Risiko Zins werden über interne Prognoserechnungen sowie in Abstimmung mit der BaFin geprüft.

Die in den Rechnungsgrundlagen einkalkulierten Kosten sind aktuell ausreichend. Das Kostenergebnis, welches jährlich geprüft wird, ist in allen Tarifen positiv und kann auf die hohe Effizienz und Automatisierung der Verwaltung zurückgeführt werden.

## **6. Operationelle Risiken**

Das operationelle Risiko ist das Verlustrisiko aufgrund von fehlerhaften internen Prozessen oder durch mitarbeiter- oder systembedingten bzw. externen Vorfällen.

Das grundlegende Element zur Risikobewältigung stellt das IKS dar. Die Grundlage des IKS liegt in dem Organisationshandbuch der Kasse, welches alle relevanten Leitlinien und Vorgaben der einzelnen Fachbereiche sowie das Management der Berechtigungen, Vollmachten und Vertretungsregelung beinhaltet. Die Hauptprozesse der Kasse sind identifiziert und unterliegen einem strikten 4-Augen-Prinzip.

Die wesentlichen Risiken aus dem laufenden Geschäftsbetrieb bestehen aus einem teilweisen oder vollständigen Ausfall der IT-Systeme. Gegen solche Gefahren schützt sich die bbb durch Datensicherungen sowie den Einbezug des SWR und des Informations-Verarbeitungs-Zentrums der ARD als externe Dienstleister. Die hieraus entstehenden Risiken unterliegen einem Überwachungs- und Kontrollprozess, welcher durch den IT-Sicherheitsbeauftragten koordiniert und geprüft wird.

## **7. Fazit zur Risikolage**

Der Risikomanagementprozess der bbb wird von der URCF koordiniert, überwacht und kontrolliert. Bestandgefährdende Risiken, die zur Verfehlung der regulatorischen und strategischen Ziele führen, sind aktuell innerhalb der vorgegebenen Risikomaße.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen in Höhe von 83,1 Mio. Euro sind gedeckt durch Eigenmittel, sodass die Solvabilitätsquote von 174 % eine aktuell angemessene Eigenmittelausstattung ausweist.

## **Chancenbericht**

Die bbp hat sich als Pensionskasse mit hauptsächlich Rückdeckungsversicherungen stetigen den Anforderungen der Mitglieds- und Trägerunternehmen angepasst. So wurde auch im Jahr 2017 die Änderungen des Versorgungstarifvertrags sowie den neu unterzeichneten Beitrags- tarifvertrags Altersversorgung umgesetzt. Durch die lange Laufzeit bis 2031 der o. g. Tarifverträge besteht für die Kasse eine große Chance weiter zu wachsen und den Bestand auszubauen.

Die Kasse hat auch vor dem Hintergrund der Niedrigzinsphase großes Potential durch Übernahme von bisher nicht rückgedeckten Versorgungsverpflichtungen durch Einmalbeitrag oder über eine Liquidationsdirektversicherung. Aufgrund dessen ist der Anteil an Beiträgen aktuell noch deutlich größer als der Anteil der zwar steigenden, aber noch geringen Leistungszahlungen, wodurch der Kasse stetig liquide Mittel zur Verfügung stehen.

Durch das speziell auf die bbp angepasste Verwaltungssystem für Versicherungsverträge sowie der Rentenzahlungen, schafft es die Kasse mit kleinem Personalbestand und schlanken Verwaltungsapparat die vielen Versicherten sowie die Arbeitgeber zufrieden zu stellen. Aufgrund weiterer Automatisierung der Verwaltungsprozesse besteht die Chance die Kostenquote dauerhaft weiter zu reduzieren.

Ein weiteres großes Thema im Jahr 2020 wird die Digitalisierung darstellen. Das aktuell schon zur Verfügung stehende digitale Arbeitgeber-Portal, über welches die Arbeitgeber die aktuellen Verträge einsehen und Proberechnungen erstellen können, soll weiter ausgebaut werden. Hierdurch wird nicht nur auf den Wandel betreffend die Personalsituation bei den Trägerunternehmen reagiert, sondern auch ein einfacher und sicherer Datenaustausch sowie effiziente Prozesse sichergestellt. Die Digitalisierung der Kommunikationswege stellt auch eine Chance für moderne Arbeitskonzepte mit bspw. mobilem Arbeiten oder Home-Office dar, was grundsätzlich auch die Attraktivität der bbp als Arbeitgeber erhöht.

## **Prognosebericht**

Das Ergebnis der Kasse wird auch in den nächsten zwei Geschäftsjahren wesentlich von den folgenden Hauptleistungsfaktoren geprägt.

- Beiträge
- Leistungen für Versicherungsfälle
- Zuführung zur Deckungsrückstellung
- Ergebnis aus Kapitalanlagen

Nach heutigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass sich das Wachstum der bbp in all diesen Faktoren weiter fortsetzen wird und insbesondere die Beitragseinzahlungen die Auszahlungen für Leistungen und Verwaltungskosten deutlich übersteigen werden.

Die Anzahl der Bezieher einer Versorgungsleistung wird sich unter Berücksichtigung des bisherigen Zugangs an Rentnern im Geschäftsjahr 2019 auf voraussichtlich ca. 3.200 (Vorjahr 2.808) erhöhen. Damit wird der Gesamtbetrag der zu zahlenden Versorgungsleistungen auf monatlich ca. 2,3 Mio. Euro (Vorjahr 2,0 Mio. Euro) steigen.

Für das Geschäftsjahr 2020 wird gegenüber dem Berichtsjahr grundsätzlich eine weitere Erhöhung der laufenden Beitragseinnahmen in allen Bereichen erwartet, insbesondere aufgrund der Anfang des Jahres erfolgten Rechnungszinsveränderung.

Anfang des Jahres 2019 haben die Trägerunternehmen Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals der Kasse durchgeführt. Hierdurch wurde die Finanzlage der Kasse nachhaltig gestärkt. Darüber hinaus werden in den Jahren bis 2025 die Rechnungszinsen für die für den Neuzugang geschlossenen Alttarife schrittweise weiter reduziert. Hierdurch werden die jährlichen Beitragseinnahmen zusätzlich steigen und die Ertrags- und Liquiditätssituation der Kasse weiter verbessern. Risiken und weitere Chancen für das Ergebnis der bbp in den nächsten zwei Jahren ergeben sich zwar weiterhin vor allem aus dem Ergebnis der Kapitalanlagen. Die stufenweise Absenkung der Rechnungszinsen für die Alttarife wird aber die Risiken sukzessive reduzieren.

Die Mischung der Kapitalanlagen im Sicherungsvermögen wird auch weiterhin mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der bbp kontrolliert gesteuert. Zwecks Optimierung der strategischen Asset Allokation wird Anfang des Jahres 2020 eine neue ALM-Studie durchgeführt. Die Eigenanlage mit Zinsträgern hat sich auf die Ertragslage der Kasse stabilisierend ausgewirkt und soll auch in 2020 im Rahmen der Grenzen der Anlageverordnung fortgesetzt und – soweit es die Zinssituation zulässt – ausgeweitet werden.

Die Anlagegrundsätze des § 124 VAG und der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen bleiben gewahrt.

Bei einer zumindest befriedigenden Wertentwicklung der Kapitalmärkte in den nächsten Jahren geht der Vorstand davon aus, weiterhin stabile Jahresüberschüsse zu erzielen. In Verbindung mit den beschlossenen Stärkungsmaßnahmen stellt sich die Finanzsituation der Kasse insgesamt als gut dar.

Zum Beginn des Jahres 2020 hat sich die Ausbreitung des Corona-Virus dramatisch beschleunigt; eine Pandemie erscheint möglich. Für diesen Fall sind erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Weltkonjunktur nicht auszuschließen; z. B. können hohe Krankenstände, Unterbrechungen von Lieferketten, vorübergehende Betriebsschließungen und Folgewirkungen auch die Geschäftsmöglichkeiten der Gesellschaft beeinträchtigen.

Die weitere Entwicklung wird wesentlich davon abhängen, wie schnell es gelingt, die Ausbreitung des Virus und seine wirtschaftlichen Folgen wirksam einzudämmen. Als Reaktion auf den Corona-Virus dürften sowohl Geld- als auch Fiskalpolitik noch expansiver agieren, auch wenn ihre Handlungsspielräume vielerorts aufgrund bereits negativer Zinsen und rekordhoher Schulden begrenzt sind. Für diesen Fall dürften Risiken für die Validität der getroffenen Annahmen, das Eintreffen der in diesem Lagebericht enthaltenen Prognosen für das kommende Geschäftsjahr und die Erreichung der Planziele entstehen.



## Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	EUR	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Witwen	Witwer	Waisen
									EUR	EUR	EUR
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres</b>	<b>10.406</b>	<b>11.210</b>	<b>1.105</b>	<b>1.182</b>	<b>16.934.405</b>	<b>154</b>	<b>56</b>	<b>58</b>	<b>1.088.100</b>	<b>209.160</b>	<b>116.574</b>
<b>II. Zugang während des Geschäftsjahres</b>											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	577	766	120	159	2.388.806	22	5	8	145.723	16.718	21.849
2. sonstiger Zugang					122.882				4.768	691	359
3. gesamter Zugang	577	766	120	159	2.511.688	22	5	8	150.491	17.409	22.208
<b>III. Abgang während des Geschäftsjahres</b>											
1. Tod	16	6	24	10	296.309	4	4		40.890	8.784	
2. Beginn der Altersrente	107	135									
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	4	18									
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf			6	10	19.967	2	1	5	693	150	5.253
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten,	21	19									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten,	26	28									
7. sonstiger Abgang	12	18			11.929				860	1.570	108
8. gesamter Abgang	186	224	30	20	328.205	6	5	5	42.443	10.504	5.361
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres</b>	<b>10.797</b>	<b>11.752</b>	<b>1.195</b>	<b>1.321</b>	<b>19.117.887</b>	<b>170</b>	<b>56</b>	<b>61</b>	<b>1.196.148</b>	<b>216.065</b>	<b>133.421</b>
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	615	1.168									
2. lebenslange Altersrenten	10.797	11.752	1.195	1.321	19.117.887						

	31.12.2019	31.12.2018
	EURO	EURO
<b>AKTIVA</b>		
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten.	855.926,16	
		648.048,89
	855.926,16	
<b>B. Kapitalanlagen</b>		
- Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.431.204.583,30	1.258.904.229,42
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	117.370.410,71	94.239.725,70
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	177.111.321,93	130.837.105,96
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	177.500.000,00	194.000.000,00
	354.611.321,93	324.837.105,96
	1.903.186.315,94	1.677.981.061,08
<b>C. Forderungen</b>		
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:		
- Mitglieds- und Trägerunternehmen	29.316.546,94	5.690.106,90
II. Sonstige Forderungen	678.754,46	9.086.392,38
davon: - aus Steuern: 385.337,63 EURO (Vorjahr: 0 Euro)		
	29.995.301,40	14.776.499,28
<b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>		
I. Sachanlagen und Vorräte	41.782,18	25.606,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	5.294.173,30	4.059.760,43
	5.335.955,48	4.085.366,43
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		
- Abgegrenzte Zinsen und Mieten	9.772.797,05	9.455.021,44
- Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	40.103,40	55.293,70
	9.812.900,45	9.510.315,14
<b>F. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>		
Aktiver Unterschiedsbetrag	0,00	13.911,00
<b>SUMME DER AKTIVA</b>	<b>1.949.186.399,43</b>	<b>1.707.015.201,82</b>

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis des Sicherungsvermögens aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Baden-Baden, den 02.03.2020

Der Treuhänder:

(Hiss)

	31.12.2019		31.12.2018	
	EURO	EURO	EURO	EURO
<b>PASSIVA</b>				
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Eingefordertes Kapital				
Gründungsstock	62.504.920,24		18.270.646,34	
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	<u>0,00</u>		<u>0,00</u>	
Summe I.		62.504.920,24		18.270.646,34
II. Gewinnrücklagen				
- Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		83.347.500,34		74.455.616,02
III. Bilanzgewinn		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>
		145.852.420,58		92.726.262,36
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>				
I. Deckungsrückstellung		1.762.820.602,09		1.597.988.398,05
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		<u>2.811.345,69</u>		<u>3.276.348,26</u>
		1.765.631.947,78		1.601.264.746,31
<b>C. Andere Rückstellungen</b>				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.245.626,34		1.030.504,85
II. Sonstige Rückstellungen		<u>340.541,36</u>		<u>157.529,36</u>
		1.586.167,70		1.188.034,21
<b>D. Andere Verbindlichkeiten</b>				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern		3.855,19		3.048,00
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen		<u>35.287.539,26</u>		<u>11.234.247,38</u>
		35.291.394,45		598.863,56
II. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>824.468,92</u>		
davon: - aus Steuern: 422.160,78 EURO (Vorjahr: 25.577,22 Euro)			36.115.863,37	11.836.158,94
<b>SUMME DER PASSIVA</b>		<u>1.949.186.399,43</u>		<u>1.707.015.201,82</u>

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.I. der Passiva eingestellte geschäftsplanmäßige Deckungsrückstellung in Höhe von 1.722.382.578,83 € nach dem zuletzt am 08.12.2017 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist. Zusätzlich ist eine weitere pauschale Verstärkung in Höhe von 40.438.023,26 € gebildet.

Baden-Baden, den 02.03.2020

Die Verantwortliche Aktuarin:

(Burchhardt)

Baden-Badener Pensionskasse VVaG  
Baden-Baden  
Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2019

	2019		2018	
	EURO	EURO	EURO	EURO
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
- Gebuchte Bruttobeiträge		142.172.071,20		144.226.036,46
2. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	57.461.892,96			43.126.378,51
b) Erträge aus Abgang von Kapitalanlagen	<u>124.066,09</u>			<u>770.000,00</u>
		57.585.959,05		43.896.378,51
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		906.946,68		836.816,81
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	24.785.747,18			22.584.878,01
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>-465.002,57</u>			<u>-5.266.411,63</u>
		24.320.744,61		17.318.466,38
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
- Netto-Deckungsrückstellung		164.832.204,04		165.160.556,25
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	95.238,91			93.376,46
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>1.130.693,87</u>			<u>1.266.883,58</u>
		1.225.932,78		1.360.260,04
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige				
a) Aufwendungen für die Kapitalanlagen	841.248,09			662.931,10
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	0,00			0,00
c) Verlust aus Abgang von Kapitalanlagen	<u>40.079,99</u>			<u>1.939.226,47</u>
		<u>881.328,08</u>		<u>2.602.157,57</u>
9. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			9.404.767,42	2.517.791,54
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Sonstige Erträge		432.256,86		51.407,81
2. Sonstige Aufwendungen		<u>945.139,96</u>		<u>497.586,55</u>
			<u>-512.883,10</u>	<u>-446.178,74</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			8.891.884,32	2.071.612,80
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
5. Jahresüberschuss			8.891.884,32	2.071.612,80
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
- in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			<u>8.891.884,32</u>	<u>2.071.612,80</u>
7. Bilanzgewinn			<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

# Anhang

## Allgemeine Erläuterungen

Der Jahresabschluss der Baden-Badener Pensionskasse VVaG mit Sitz in Baden-Baden, registriert bei der BaFin unter der Register-Nummer 2251 K, wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuch (HGB), unter Beachtung des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung aufgestellt. Darüber hinaus wurden die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) beachtet.

Die Deckungsrückstellung wird auf Beschluss der Vertreterversammlung seit dem Jahr 2001 jährlich berechnet.

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und die unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen erfolgten nach der linearen Methode gemäß den von der Finanzverwaltung vorgegebenen Abschreibungstabellen. Soweit im Rahmen der Weiterentwicklung eines Verwaltungssystems Anzahlungen geleistet wurden, wurden diese als „Anlagen im Bau“ in die immateriellen Vermögensgegenstände aufgenommen.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen sowie Inhaberschuldreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind dazu bestimmt, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen und werden gemäß § 341b Abs. 2, 2. HS HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Das Wertaufholungsgebot nach § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Namenschuldverschreibungen nach § 341c Abs. 1 HGB wurden mit dem Nennwert bilanziert, der grundsätzlich den Anschaffungskosten entspricht. Schuldscheinforderungen und Darlehen nach § 341c Abs. 3 HGB und Darlehen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Sofern die Anschaffungskosten vom Nennwert abweichen, wird die Differenz entsprechend der Effektivzinsmethode amortisiert. Nullkuponanleihen werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Einlagen bei Kreditinstituten, Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie sonstige Forderungen wurden zum Nennwert bilanziert.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sind zum Nennwert angesetzt.

Die Rechnungsabgrenzungsposten für Zinsen und Mieten und für sonstige Rechnungsabgrenzungen wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

Die ausstehenden Einlagen auf den Gründungsstock wurden mit dem Nominalwert der garantierten Darlehen bilanziert.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis des technischen Geschäftsplans. Bei den bis zum 20.12.2012 abgeschlossenen Tarifen der Grund- und Höherversorgung werden die „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck und ein Rechnungszins von 3,50 % zugrunde gelegt. Die bis zu diesem Zeitpunkt angewandten Tarife der Direktversicherung werden auf Basis der „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 3,25 % bewertet. Dabei wurden in allen Tarifen die Rentnersterblichkeiten für Männer mit 65 % und für Frauen mit 75 % der ursprünglichen Richttafelwerte angesetzt. Für Neuverträge ab dem 21.12.2012 werden in allen Tarifgruppen sowohl die Beiträge, als auch die Deckungsrückstellung mit Unisex-Rechnungsgrundlagen auf Grundlage der o. g. Biometrie und der kassenspezifischen Geschlechtermischung mit einem Rechnungszins von 1,75 % ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde bezogen auf den Einzelfall auf Basis der Meldungen der Mitglieder gebildet. Für nach dem Stichtag bis zum 31.01.2020 bekannt gewordene Schadenfälle, die das Geschäftsjahr betreffen, wurde eine Spätschadenrückstellung gebildet. Diese umfasst neben den nachzuzahlenden Renten auch die notwendige Auffüllung der Deckungsrückstellung. Darüber hinaus wurde eine Spätschadenrückstellung für noch später im Jahr bekannt werdende Leistungsfälle aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre gebildet.

Die Rückstellungen für arbeitgeberfinanzierte Pensionen wurden unter Berücksichtigung der Regelungen des BilMoG nach der „Projected Unit Credit“-Methode ermittelt. Der Berechnung wurde der von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebene Rechnungszinsfuß von 2,71 % zu Grunde gelegt. Die Berechnung erfolgte auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck. Bei der Berechnung wurde ein langfristiger Einkommenstrend von 2,5 % p. a. unterstellt. Fluktuation wurde mit dienstjahresabhängigen Sätzen von 3,8 % im ersten Jahr bis 0,0 % bei langen Dienstzeiten angesetzt.

Für Bilanzstichtage nach dem 31. Dezember 2015 verlangt der Gesetzgeber mit dem § 253 Abs. 6 HGB eine jährliche Doppelbewertung des Erfüllungsbetrages der Pensionsverpflichtungen – zum einen auf Basis des Zinssatzes mit dem durchschnittlichen Marktzins der letzten zehn Geschäftsjahre und zum anderen der letzten sieben Geschäftsjahre. Der Unterschiedsbetrag ist in jedem Jahr im Anhang darzustellen.

Der Zinssatz zur Abzinsung der Pensionsrückstellungen wird mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten 10 Jahre statt wie früher der letzten 7 Jahre ermittelt. Dabei wird wie bisher die Restlaufzeit der Verpflichtung mit 15 Jahren angesetzt. Durch die Erweiterung des Zeitraumes zur Bestimmung des durchschnittlichen Marktzinssatzes ergibt sich ein Zinssatz von 2,71 % statt 1,97 %.

Die Anwendung des Zinssatzes von 2,71 % führt gegenüber dem Zinssatz von 1,97 % zu einem um EUR 277.920 geringeren Rückstellungswert. Dieser Unterschiedsbetrag unterliegt nach § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre.

Die Rückstellungen für arbeitnehmerfinanzierte Versorgungsleistungen, die im Rahmen der Höherversorgung zugesagt wurden, wurden entsprechend der Grundsätze für die Bewertung wertpapierbezogener Zusagen mit den o.g. Rechnungsgrundlagen für die Höherversorgung ermittelt.

Sonstige Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Andere Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Die Verteilung der Personal- und Sachaufwendungen auf die Funktionsbereiche erfolgt soweit möglich direkt. Nicht direkt zurechenbare Kosten wurden nach geeigneten Verteilungsschlüsseln auf die Funktionsbereiche Regulierung von Versicherungsfällen, Rückkäufen und Rückgewährbeträgen, Abschluss von Versicherungsverträgen, Verwaltung von Versicherungsverträgen und Verwaltung von Kapitalanlagen aufgeteilt. Aufwendungen, die diesen Funktionsbereichen nicht zugeordnet werden konnten, wurden unter dem Posten „Sonstige Aufwendungen“ ausgewiesen sowie dem nichtversicherungstechnischen Bereich zugeordnet.

## Erläuterungen zur Bilanz

### Aktivseite

#### Immaterielle Vermögensgegenstände und Sonstige Kapitalanlagen

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sonstigen Kapitalanlagen ist auf Seite 28 dargestellt. Die Buch- und Zeitwerte der Sonstigen Kapitalanlagen ergeben sich gemäß der untenstehenden Tabelle.

Kontogruppe	Buchwert	%	Marktwert	%	Bewertungsreserven	% vom Buchwert
<b>Direktanlage Zinsträger</b>	471.981.733	24,8	538.815.576	27,7	66.833.844	14,2
<b>liquid Masterfonds bbp INKA</b>	1.124.834.555	59,1	1.082.451.121	55,7	-42.383.433	-3,8
<b>illiquid HI-bbp-Alternatives</b>	306.370.029	16,1	322.660.542	16,6	16.290.513	5,3
<b>Gesamt</b>	<b>1.903.186.316</b>	<b>100,0</b>	<b>1.943.927.239</b>	<b>100,0</b>	<b>40.740.923</b>	<b>2,1</b>

Der Zeitwert des Masterfonds bbp INKA für liquide, börsengehandelte Wertpapiere wurde mit dem Rücknahmepreis ermittelt, der Zeitwerte für die nicht börsengehandelten Anteile an Investmentvermögen im HI-bbp-Alternatives-Fonds wurde zu Rücknahmepreisen errechnet, der Zeitwert der börsengehandelten Inhaberschuldverschreibungen wurde aus dem Kurswert ermittelt, Ausleihungen wurden extern ermittelt und mittels unterlegter Zinsstrukturkurven, welche die Ratings der Emittenten und damit etwaige Ausfallrisiken berücksichtigen, intern verifiziert.

Der Masterfonds bbp INKA weist eine stille Last von 42,4 Mio. Euro nach Ausschüttung und Wiederanlage von 16,5 Mio. EUR für 2019 aus (Vorjahr stille Last 60,7 Mio. Euro nach Ausschüttung). Die stille Last wurde nicht abgeschrieben, da diese als temporär angesehen und Wertaufholung angenommen wird. Diese Wertaufholung fand teilweise in 2019 statt.

Der Wertpapierfonds bbp INKA ist ein Masterfonds, bestehend aus 13 Segmenten. Das Ziel des Fonds ist es, durch ausgewogene Gewichtung von Aktien und Renten kontinuierlich positive Renditen zu erwirtschaften. Zum Stichtag 31.12.2019 ergibt sich folgende Zusammensetzung mit Zeitwerten:

SEGMENTE	Gewicht	Benchmark
<b>Aktien</b>	<b>15,4%</b>	
INKA Ampega	65,7%	60% STOXX Europe 600 (net)   40% MSCI World (net)
INKA Aktien	34,3%	50% Euro Stoxx (T+1) (net)   30% MSCI Emerging Markets (T+1) (gross)   20% MSCI Europe (T+1) (gross)
<b>Absolute Return</b>	<b>16,7%</b>	
INKA AR *	100,0%	100% EONIA +250 BP
<b>Global Convertible Bonds</b>	<b>9,7%</b>	
INKA Fisch	100,0%	100% Refinitiv CB Global Focus Investment Grade EUR/hdg
<b>Renten Gov</b>	<b>16,8%</b>	
INKA MEAG	51,3%	40% iBoxx Euro Sovereigns 1-3 Yrs   15% iBoxx Euro Sovereign 7-10 Yrs   15% iBoxx Euro Sovereigns 10+ Yrs   15%
INKA Pimco US Municipals	48,7%	100% Bloomberg Barclays Municipal Index Taxable Bonds
<b>Renten Credit Global</b>	<b>6,3%</b>	
INKA Pimco **	100,0%	100% ICE BofA Global Broad Market Corporate ex Tier 1 ex Upper Tier 2 & Jun Subord (GTBC) EUR/hdg
<b>Renten Credit Europa</b>	<b>21,1%</b>	
INKA HI Corp **	74,6%	70% iBoxx Euro Corporates   30% iBoxx Euro Corporates Subordinate
INKA Ampega **	25,4%	100% iBoxx Euro Corporates
<b>Renten Emerging Markets</b>	<b>11,9%</b>	
INKA UBP *	57,3%	85% JPM EMBI Global Diversified EUR/hdg   15% JPM GBI-EM Global Diversified
INKA Franklin Templeton	42,7%	70% JPM EMBI Global Diversified EUR/hdg   30% JPM GBI-EM Global Diversified
<b>Overlay</b>	<b>2,2%</b>	

Insgesamt besteht der Fonds zu ca. 65,7 % aus Renteninvestments samt Wandelanleihen. Absolute-Return- mit Volatilitäts-Investments summieren sich auf 16,7 %. Aktieninvestments betragen 15,4. Im Jahr 2019 wurde eine Ausschüttung aus dem Fonds in Höhe von insgesamt 16,5 Mio. Euro bei gleichzeitiger Wiederanlage durchgeführt.

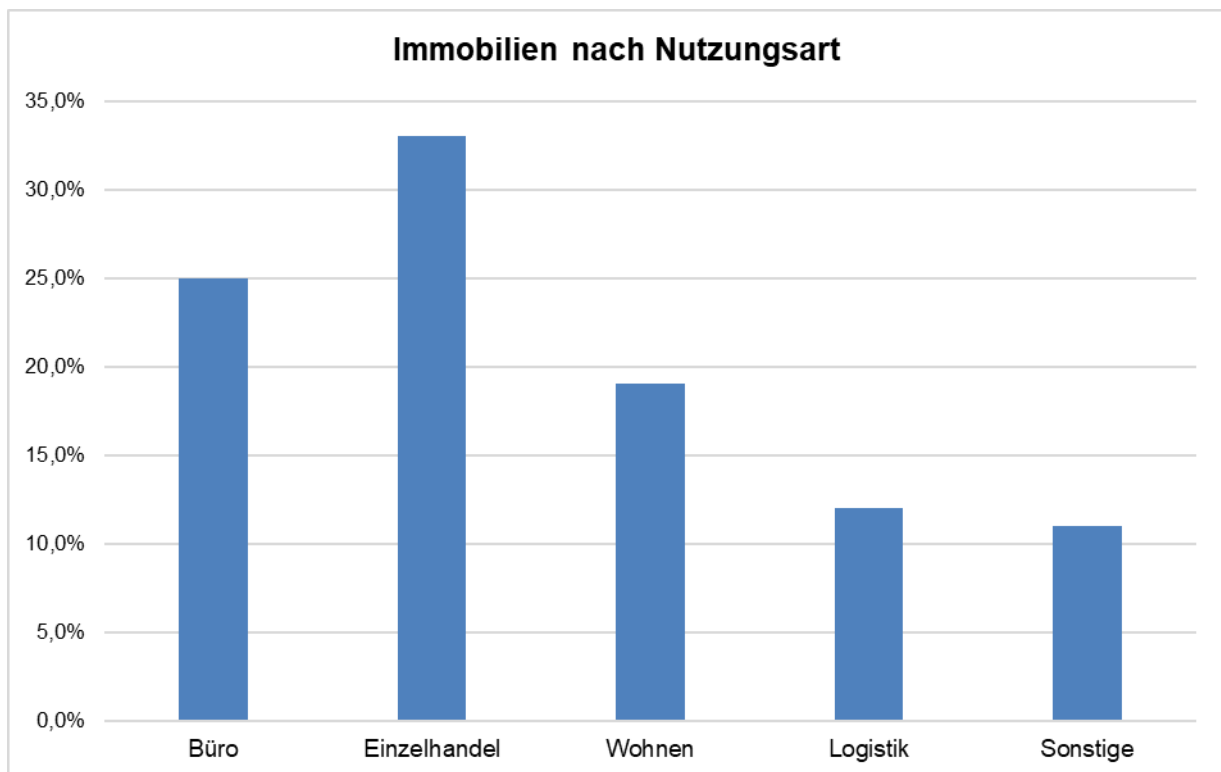


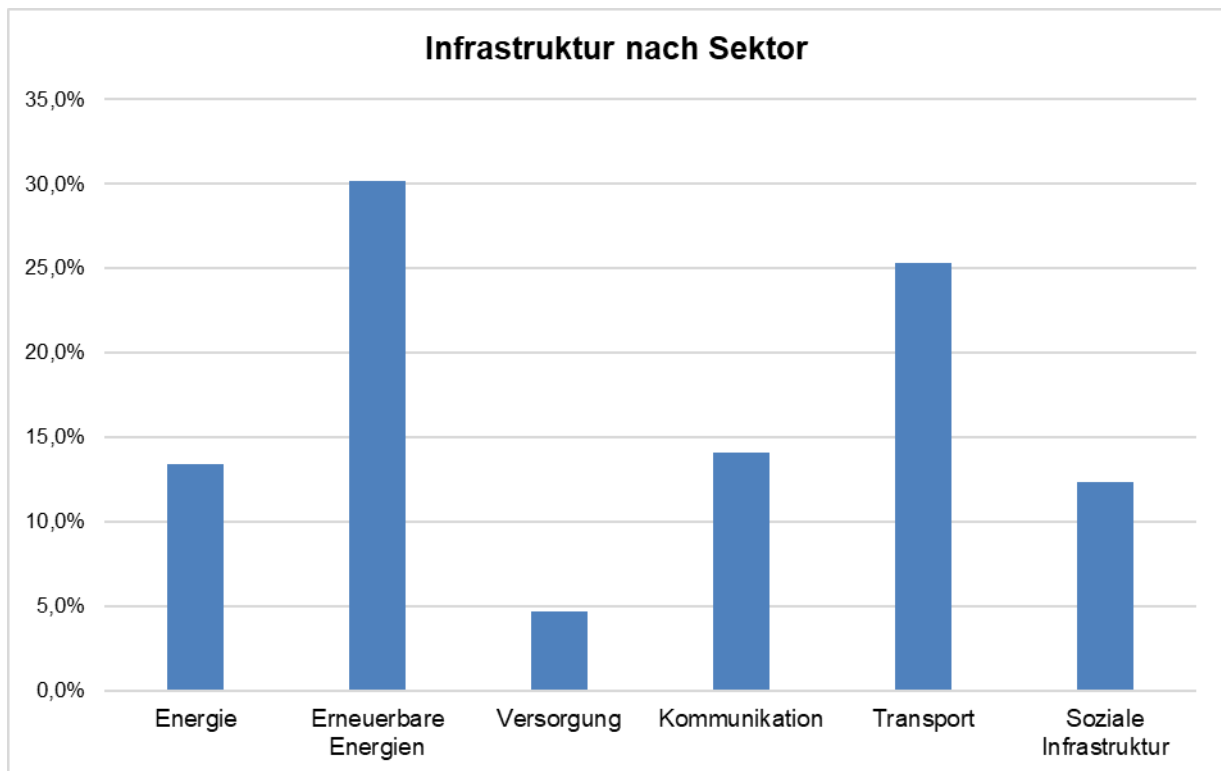
Der HI-bbp-Alternatives-Fonds ist ein Dachfonds, bestehend aus mehreren Zielfonds. Das Ziel des Fonds ist es, die Immobilieninvestments und auch die Infrastruktur-Investments der Kasse zu bündeln und dadurch kontinuierlich positive Renditen zu erwirtschaften. Der Fonds ist über die verschiedenen Nutzungsarten diversifiziert. Für 2019 erfolgte eine Ausschüttung mit Wiederanlage von 23,0 Mio. EUR. Die Reserven zum Jahresultimo 2019 belaufen sich auf 16,3 Mio. EUR nach Ausschüttung.

**Portfolio Allokation im HI-bbp-Alternatives**

Assetklasse	Marktwert	% Marktwert
Immobilien	274.786.720	85,2%
Infrastruktur	44.795.591	13,9%
Kasse	3.047.363	0,9%
Sonstige	30.868	0,0%
<b>Summe</b>	<b>322.660.542</b>	<b>100,0%</b>

Streuung innerhalb der Assetklassen Immobilien und Infrastruktur:





Der Fonds wurde im Dezember 2013 eingeführt und im Laufe der folgenden Jahre stark vergrößert und diversifiziert.

#### Forderungen

Die Forderungen gegenüber Mitglieds- und Trägerunternehmen beinhalten Beitragsforderungen aus der Grundversorgung (VTV).

Die Sonstigen Forderungen enthalten Forderungen aus Steuern in Höhe von 385.337,63 Euro (Vorjahr 0 aufgrund von Saldierung mit Steuerforderungen). Im Übrigen enthalten die Sonstigen Forderungen keine Forderungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr.

#### Rechnungsabgrenzungsposten der Aktivseite

Der Rechnungsabgrenzungsposten „Abgegrenzte Zinsen und Mieten“ enthält ausschließlich noch nicht fällige Zinsen aus Kapitalanlagen.

### Passivseite

#### Gründungsstock

Der Gründungsstock hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 44,2 Mio. Euro erhöht, da im Geschäftsjahr 2019 neue Darlehen ausgezahlt wurden. Der Gründungsstock wird jeweils mit dem zum 31.12. letztgültigen Nominalzins von Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren verzinst, sofern dieser Satz positiv ist.

## Verlustrücklage

Die Verlustrücklage konnte mittels Zuführung des erwirtschafteten Jahresüberschusses im Vergleich zum Vorjahr um 8,9 Mio. Euro auf 83,3 Mio. Euro erhöht werden (Vorjahr: Zuführung 2,1 Mio. Euro).

## Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung ist für die Leistungsverpflichtung in Höhe ihres Wertes einschließlich bereits zugeteilter versicherungsmathematisch errechneter Überschussanteile und nach Abzug des versicherungsmathematisch ermittelten Barwertes der künftigen Beiträge ermittelt (prospektive Methode). Sie beträgt 1.762.820.602,09 Euro zum 31.12.2019. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus einem geschäftsplanmäßig ermittelten Betrag in Höhe von 1.722.382.578,83 Euro und einer pauschalen Zusatzreserve in Höhe von 40.438.023,26 Euro für die anstehende Absenkung des Rechnungszinses. Eine Aufteilung des geschäftsplanmäßig ermittelten Betrages auf die einzelnen Tarifgruppen ist auf Seite 3 des Lageberichts aufgeführt.

## Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beinhaltet in Bearbeitung befindliche Leistungsfälle in Höhe von 1.138.192,83 Euro sowie noch auszuzahlende Abfindungen in Höhe von 1.015.442,57 Euro und Fälle von Beitragsrückgewähr in Höhe von 657.710,29 Euro.

## Andere Rückstellungen

### I. Rückstellungen für Pensionen und andere Verpflichtungen

Die Gesellschaft gewährt ihren Mitarbeitern Pensionszusagen. Zum Bilanzstichtag beträgt der Rückstellungswert für die Pensionszusagen 1.245.626,34 Euro, davon sind 1.162.124,86 Euro arbeitgeberfinanziert. Auf ehemalige Organmitglieder und deren Hinterbliebene entfallen 46.699,98 Euro der gebildeten Pensionsrückstellungen.

Darüber hinaus bestehen arbeitnehmerfinanzierte Zusagen. Zur Erfüllung von Verpflichtungen aus der Altersversorgung der Mitarbeiter im Rahmen der Höherversicherung bestehen Rückdeckungsversicherungen beim DEBEKA Lebensversicherungsverein a. G. Dieses Vermögen ist durch rechtliche Gestaltung im Insolvenzfall dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen und dient ausschließlich der Erfüllung der entsprechenden Altersversorgungsverpflichtungen.

Deckungsvermögen im Sinne der vorgenannten Rückdeckungsversicherungen sind gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB Satz 4 mit ihrem beizulegenden Zeitwert zu bewerten und mit den entsprechenden Altersversorgungsverpflichtungen zu verrechnen.

Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst. Übersteigt der Wert des Deckungsvermögens die Verpflichtungen, erfolgt der Ausweis als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ auf der Aktivseite der Bilanz. Per 31.12.2019 ist erstmalig ein Verpflichtungsüberhang in den Rückstellungen zu berücksichtigen.

Das Deckungsvermögen aus den abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen wird wie folgt mit dem Erfüllungsbetrag aus den Verpflichtungen saldiert:

	Euro
Erfüllungsbetrag der Verpflichtungen aus Altersversorgung	229.749,00
Beizulegender Zeitwert des beim DEBEKA Lebensversicherungsverein a. G. angelegten Deckungsvermögens	211.819,00
Pensionsrückstellung per 31.12.2019	17.930,00
Anschaffungskosten des beim DEBEKA Lebensversicherungsverein a. G. angelegten Deckungsvermögens	153.197,59

Die aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträge und die Verrechnung mit den Zinsaufwendungen der korrespondierenden Erfüllungsbeträge der Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2019 sind nachstehend aufgeführt:

	Euro
Zinsertrag des Deckungsvermögens abzgl. RKA (Risiko- und Kostenanteil) saldierungsfähiger Vermögenswerte	-14.866,00
Zinsaufwand aus der Verpflichtung	9.576,00
Erfolgswirksam aus der Änderung des Diskontierungzinssatzes	16.328,00
Saldo	-40.770,00

Der verbleibende Aufwand von 40.770,00 Euro ist in der GuV im Sonstigen Ergebnis enthalten.

## II. Sonstige Rückstellungen

Dieser Posten enthält im Wesentlichen Rückstellungen für interne und externe Kosten der Jahresabschlusserstellung, Prüfungsgebühren, aktuarielle Dienstleistungen und steuerliche Beratung.

### Andere Verbindlichkeiten

Dieser Posten enthält keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitglieds- und Trägerunternehmen umfassen vor allem Verbindlichkeiten aus Beiträgen von Mitglieds- und Trägerunternehmen für die Grundversorgung (VTV) in Höhe von 26.144.173,20 Euro (Vorjahr 0) und für die Höherversorgung in Höhe von 9.137.577,55 Euro (Vorjahr: 9.241.907,30 Euro).

Die Sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 422.160,78 Euro (Vorjahr 28.527,75 Euro aufgrund von Saldierung mit Steuerforderungen).

## Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2019

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	648	388	0	180	856
B. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.258.904	172.301	0	0	1.431.205
2. Inhaberschuldverschreibungen	94.239	28.134	5.003	0	117.370
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	130.837	46.274	0	0	177.111
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	194.000	6.000	22.500	0	177.500
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0	0	0
Summe B.	1.677.980	252.709	27.503	0	1.903.186
Gesamtsumme	1.678.628	253.097	27.503	180	1.904.042

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge entsprechen den verdienten Beiträgen für eigene Rechnung. Sie gliedern sich in Einmalbeiträge in Höhe von 13.685.212,99 Euro (Vorjahr: 16.856.687,34 Euro) und laufende Beiträge in Höhe von 128.486.858,21 Euro (Vorjahr: 127.369.349,12 Euro). Alle Beiträge stammen aus Pensionsversicherungen im Rahmen von Kollektivverträgen.

### Beiträge aus Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Im Geschäftsjahr 2019 wurden wie im Vorjahr keine Überschussbeiträge zur Leistungserhöhung verwendet.

### Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Kapitalanlagen setzen sich folgendermaßen zusammen:

In TEuro	2017	2018	2019
Zinserträge Direktanlage	16.102	17.795	17.962
Erträge Masterfonds bbp INKA	26.513	17.700	16.500
Erträge HI-bbp-Alternatives	9.189	8.800	23.000
Erträge HI Corporates-Fonds *)	5.200	0	0
Ergebnis aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0	-1.169	0.124
Gesamt	51.804	43.126	57.586

### Sonstige Erträge

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen Erträge aus erbrachten Dienstleistungen, sonstige Zinsen und Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen.

### Sonstige Aufwendungen

Für steuerliche Beratungsdienstleistungen entstand ein Gesamtaufwand von 16.466,40 Euro (Vorjahr: 4.000,00 Euro). Aufwendungen der Jahresabschlussprüfung fielen in Höhe von 29.800,00 Euro (Vorjahr: 30.926,99 Euro) an. Dieser Betrag entfällt ausschließlich auf Aufwendungen gemäß § 285 Abs. 17 a) HGB.

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten darüber hinaus den Saldo aus Zinsaufwand der Pensionsverpflichtungen Zinserträgen des Deckungsvermögens in Höhe von 40.770 Euro.

Daneben sind weitere Aufwendungen, die den Funktionsbereichen nicht zugeordnet werden konnten, in den sonstigen Aufwendungen berücksichtigt.

## Zusammensetzung der Personal-Aufwendungen gemäß § 51 Abs. 5 RechVersV

		2017	2018	2019
		T Euro	T Euro	T Euro
1.	Löhne und Gehälter	1.088	1.287	1,664
2.	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	123	162	231
3.	Aufwendungen für Altersversorgung	22	201	281
4.	Aufwendungen insgesamt	1.233	1.650	2.176

## Sonstige Angaben

### Angaben gemäß § 268 Abs. 7 HGB

Die unter der Passivseite der Bilanz angegebenen Eventualverbindlichkeiten aus noch nicht abgerufenen Zusagen an Investmentfonds und Andienungsrechten aus Multitranchen stellen aufgrund der ausgezeichneten Liquiditätssituation der Kasse keine Beeinträchtigung der Risikosituation dar. Dabei sind die Abrufe für die Investmentfonds als sehr wahrscheinlich und die Andienungen aus den Multitranchen aktuell als sehr unwahrscheinlich anzusehen.

### Anzahl der Beschäftigten

Neben dem Vorstand waren im abgelaufenen Geschäftsjahr neunzehn weitere Personen, davon vier in Teilzeit, (Vorjahr: dreizehn weitere Personen, davon drei in Teilzeit) beschäftigt.

### Bezüge für Organmitglieder

Die Gesamtbezüge der Vorstände betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 413 TEuro. An ehemalige Organmitglieder und ihre Hinterbliebenen wurden Renten in Höhe von 3 TEuro gezahlt. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten keine Vergütung.

### Vorsitzende der Vertreterversammlung

Jan Büttner	Vorsitzender
Thorsten Albrecht	Stellvertretender Vorsitzender
David Jacobs	Stellvertretender Vorsitzender

### Aufsichtsrat

Jan Schrader	Abteilungsleiter Finanzen u. Allg. Verwaltung (Radio Bremen, Vorsitzender seit 11.09.2019)
Dr. Katrin Vernau	Verwaltungsdirektorin (WDR, Vorsitzende bis 11.09.2019)
Tobias Bossert	Dipl.-Physiker (Pensionär, stellv. Vorsitzender)

Norbert Illes	Redakteur (NDR)
Ralf Ludwig	Verwaltungsdirektor (MDR)
Claus Schillmann	Geschäftsführer (SWR Media Services GmbH)

#### Vorstand

Hartmut Thiel	Hauptamtlicher Vorstand
Gerhard Monsberger	Hauptamtlicher Vorstand

#### Treuhänder

Reinhold Hiss	Treuhänder
Stephan Müller	Stellvertretender Treuhänder

#### Verantwortliche Aktuarin

Katrin Burchhardt	Aktuarin
-------------------	----------

### **Nachtragsbericht**

Aufgrund der dynamischen Ausbreitung des Corona-Virus gehen wir davon aus, dass sich diese Entwicklung auch auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken und die Erreichung unserer geplanten Ziele beeinflussen wird. Siehe hierzu auch die Ausführungen im Lagebericht. Eine Quantifizierung dieser Auswirkungen ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich

Weitere wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nach dem Bilanzstichtag nicht ereignet.

Baden-Baden, 02. März 2020

Baden-Badener Pensionskasse VVaG

Der Vorstand

Thiel

Monsberger



# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Baden-Badener Pensionskasse VVaG, Baden-Baden

## *Prüfungsurteile*

Wir haben den Jahresabschluss der Baden-Badener Pensionskasse VVaG, Baden-Baden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht

der Baden-Badener Pensionskasse VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

## *Grundlage für die Prüfungsurteile*

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### *Sonstige Informationen*

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

### *Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht*

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

## *Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder,

falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 22. April 2020

PricewaterhouseCoopers GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Sack	ppa. Sandro Trischmann
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

## **Bericht des Aufsichtsrats an die Vertreterversammlung über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts der Baden-Badener Pensionskasse VVaG zum 31.12.2019 sowie des Vorschlages des Vorstands zur Verwendung des Überschusses**

Die Prüfung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2019 hat im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen am 19. März 2019, am 09. Mai 2019, am 19. Juni 2019, am 11. September 2019, am 05. Dezember 2019, am 19. März 2020 und am 06. Mai 2020 stattgefunden. Darüber hinaus wurde der Aufsichtsrat regelmäßig zeitnah über verschiedene Themen der Kasse informiert.

Im Rahmen seiner Kontrollfunktion hat der Aufsichtsrat auch die jährlichen Revisionsberichte beraten. Im abgelaufenen Jahr wurden Berichte zu den Themen Kapitalanlage sowie Personal und Organisation samt internen Kontrollsystem (IKS) und Risikomanagement erstellt. Beide Komplexe wurden von der axis advisory + audit GmbH geprüft. Es gab keine wichtigen Feststellungen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2019 vom 02. März 2020 und den Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers PWC vom 22.04.2020 geprüft.

Im Geschäftsjahr 2019 ist nach Dotierung einer pauschalen Zusatzreserve ein Rohüberschuss nach Steuern von 8.891.884,32 Euro entstanden. Dem Vorschlag des Vorstandes folgend, hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 06. Mai 2020 zugestimmt, dass der Betrag zur Sicherstellung der Solvabilität der Kasse in voller Höhe der Verlustrücklage zugeführt und deshalb keine Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung vorgenommen werden soll.

Der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer zum Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2019 hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen stimmt der Aufsichtsrat dem Jahresabschluss, dem Lagebericht und dem Vorschlag zur Verwendung des Überschusses zu und billigt den vom Vorstand zum 31.12.2019 aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 06. Mai 2020 beschlossen, der Vertreterversammlung zu empfehlen, den Jahresabschluss zum 31.12.2019 in der vorliegenden Form festzustellen und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Überschusses zu beschließen.

Besonders erfreut zeigt sich der Aufsichtsrat zusammen mit dem Vorstand, dass die Bemühungen um eine Eigenkapitalstärkung sowie den Rechnungszinsabsenkungen zum Wohle der Kasse durch die Vertreterversammlung erfolgreich beschlossen wurden. Die weiterhin vorherrschende Niedrigzinsphase bleibt eine Herausforderung für Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertretersammlung, dem Vorstand für das abgelaufene Geschäftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen.

Köln, den 06. Mai 2020

Der Aufsichtsrat

Jan Schrader (Vorsitzender)

Tobias Bossert (stv. Vorsitzender)

Norbert Illes

Ralf Ludwig

Claus Schillmann

Dr. Katrin Vernau